

■ Tagesspiegel 7.4.95

Flüchtlingsrat ruft zu Umtauschaktion auf

Proteste gegen Sachleistungen

POTS DAM (ab). Der Brandenburger Flüchtlingsrat hat am Donnerstag zu landesweiten Umtauschaktionen aufgerufen, um das vom Sozialministerium jetzt flächendeckend durchgesetzte „Sachleistungsprinzip“ bei der Gewährung von Sozialhilfe für Asylbewerber zu unterlaufen. Einheimische sollten auf „Rechnung“ der Asylsuchenden in den zugewiesenen Supermärkten einkaufen und die verbrauchten Beträge in bar auszahlen. Darüber hinaus will der Zusammenschluß von Flüchtlingsinitiativen die umstrittene Brandenburger Praxis vor den Petitionsausschuß des Landtages bringen. Auch eine Verfassungsbeschwerde werde geprüft.

Die Umstellung auch des letzten Brandenburger Heimes, in dem Asylsuchenden die Sozialhilfe noch in Bargeld ausgezahlt wurde, hat nicht nur in Fürstenwalde erneut massive Proteste gegen den entsprechenden Runderlaß von Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD) ausgelöst. Auch Bündnis 90/Die Grünen forderten erneut die Rücknahme des Erlasses und warfen der Ministerin „inhumanes und fremdenfeindliches“ Verhalten vor. Wie berichtet, verweigern die Bewohner des Fürstenwalder Heimes bislang die Annahme der sogenannten Kundenkontoblätter. Das örtliche Sozialamt drohte inzwischen an, daß Leistungen verfallen, wenn sie nicht bis zum heutigen Freitag entgegengenommen werden. Brandenburg zählt zu den letzten Ländern, daß Asylbewerber ausschließlich Sachleistungen gewährt. In der Regel wird nach einjähriger Verfahrensdauer Bargeld ausgezahlt.

Inzwischen bemühen sich örtliche Flüchtlingsinitiativen in verschiedenen Städten, Patenschaften mit Asylbewerbern zu initiieren. In Frankfurt (Oder) beispielsweise gebe es bereits positive Ansätze, berichtete Sabine Graul vom Flüchtlingsrat. Jeden ersten Donnerstag im Monat – einen Tag nach der Ausgabe der „Kundenkontoblätter“ – fänden Umtauschaktionen statt.

■ Berliner Zeitung 7.4.95

Flüchtlingsrat rief zu Protesten auf

(...)

Um das umstrittene Sachleistungsprinzip zu unterlaufen, so Sabine Graul vom Flüchtlingsrat, würden in Frankfurt (Oder) Deutsche mit dem Bezugsschein eines Asylbewerbers einkaufen und ihm im Anschluß das Geld auszahlen. Das Sozialamt lasse sich die Namen der beteiligten Asylbewerber von den Verkäuferinnen melden. (...)

■ Delmenhorster Kurier 16.5.94

Wertgutscheine für Asylbewerber

Bürger solidarisch mit Flüchtlingen

Bei Protestaktion Marktkassen blockiert

ttm Delmenhorst. Die Proteste um die Vergabe von Wertgutscheinen an Asylbewerber haben mit einer Aktion engagierter Bürger am Sonnabend im Inkoop-Verbrauchermarkt an der Oldenburger Straße einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Rund 20 Kritiker des Gutscheinsystems, unter ihnen Mitglieder des Arbeitskreises Pro Asyl, Gewerkschafter und die Grünen-Ratsmitglieder Ute Meyerdierks und Bernd Haasler, blockierten durch den regulären Einkauf mit den Gutscheinen in der Hauptgeschäftszeit für rund eine Stunde die Kassen des Geschäftes und sorgten bei Personal und zahlreichen Kunden für lebhafte Diskussionen, aber auch für Unmut.

Zuvor hatte die Protestgruppe die Warenbons im Wert von einigen hundert Mark von den Flüchtlingen im Wohnheim am Winterweg erworben und sich von ihnen Vollmachten für den Einkauf ausstellen lassen. Die Gruppe wollte mit ihrer Aktion zeigen, wie der Einkauf mit Gutscheinen die Asylbewerber ihrer Ansicht nach diskriminiert, da die Flüchtlinge durch aufwendige Kontrollen zur Ursache von zu-

sätzlichen Wartezeiten würden. Dies schüre Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit, so die Initiatoren des Protestes.

Nach den Vorgaben der Stadt dürfen die Wertgutscheine nur gegen Lebensmittel und Hygieneartikel eingetauscht werden. Selbst Tee oder Kaffee fällt unter Genussmittel und ist nur gegen Bargeld zu erwerben. Höchstens zehn Prozent des Gutscheinwertes darf als Wechselgeld herausgegeben werden. Für darüber hinausgehende Wechselgelddbeträge müssen sich die Asylbewerber ihren Einkauf quittieren lassen und das Rückgeld beim Sozialamt beantragen. Eine zeitraubende Prozedur, die von Haasler als „reine Schikane“ gewertet wurde.

Der Geschäftsführer der Inkoop-Verbrauchermärkte, Bernd Oetken, äußerte Sympathie für das Anliegen der Protestgruppe. Er kritisierte den mit den Gutscheinen verbundenen Arbeitsaufwand. Zugleich verwahrte er sich gegen die Aktion zur Hauptgeschäftszeit. „Die politischen Auseinandersetzungen gehören ins Rathaus und nicht in den Supermarkt“, sagte Oetken. (Seite 3)

■ Märkische Allgemeine 7.4.95

Asylbewerber leben teurer

Aktionstag gegen Sachleistungen / Überhöhte Preise in Spezialläden

Potsdam (MAZ). Ein halbes Kilo Honig kostet im Supermarkt 3,29 DM – normalerweise jedenfalls. Doch nicht für alle Menschen in Brandenburg. Für Flüchtlinge, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ihre Lebensmittel nicht in bar sondern mit Lebensmittelkarten bezahlen müssen, kann so ein Glas Honig in den für sie speziell eingerichteten Magazinen bis zu 4,49 DM kosten.

Zu einem landesweiten Aktionstag gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, wie

es in Brandenburg von Sozialministerin Regine Hildebrandt ausgelegt wird, hatte gestern der brandenburgische Flüchtlingsrat aufgerufen. In einem Potsdamer Supermarkt wurden Waren mit zusätzlichen Aufklebern versehen, um deutsche Kunden darüber zu informieren, was dieselben Artikel in Magazinen für Asylbewerber kosten. Die Preisdifferenz betrug bis zu 35 Prozent. Auch in Frankfurt und Prenzlau protestierten Bürger.